



Informationspflicht: Parlamentarische Anfragen

Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Beteiligungsmanagement für WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH und M3B GmbH – hier: Parlamentarische Anfragen

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen

Senatorin Kristina Vogt
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

Telefon: 0421 / 361 8808
E-Mail: office@wht.bremen.de

2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes

Christian Gutschmidt
Referat 12
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte

28195 Bremen

Tel.: +49 421 361 6919
E-Mail: Christian.gutschmidt@wht.bremen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Carsten Raschke
Die Senatorin für Wirtschaft,
Häfen und Transformation
Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

datenschutzbeauftragter@wht.bremen.de

Informationspflicht: Parlamentarische Anfragen

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: Bei Anfragen aus der Bremischen Bürgerschaft oder Bürgerschaftsausschüssen und Deputationen, die die WFB und die M3B betreffen, werden diese Anfragen in Abstimmung mit den Gesellschaften und bei Bedarf betroffenen Fachreferaten bei SWHT oder anderen Dienststellen beantwortet. Hierzu erfolgt der Austausch von Unterlagen.

Rechtsgrundlagen:

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 65 LHO, Art. 101 Abs. I Nr. 3 BremVerf, Regelungen des Bremischen Beteiligungsmanagements (u.a. Beteiligungshandbuch)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Senatorin, Staatsräte, Abteilungsleitungen, Referatsleitungen, Referent:innen, Referat 12

Auftragsverarbeiter: Dataport AöR

Dritte: Beteiligungsreferat beim Senator für Finanzen, WFB und M3B

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Die Daten stammen von WFB und M3B.

Die personenbezogenen Daten umfassen:

- Informationen über Projekte
- Kennzahlen
- Betriebswirtschaftliche Zahlen

Anmerkung: in der Regel sind in diesen Berichten keine personenbezogenen Daten enthalten. Da dies aber nicht generell ausgeschlossen werden kann, erfolgt diese Erfassung

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden 10 Jahre nach Abschluss der Akte. Im Anschluss sind die Organisationseinheiten verpflichtet, ihre Unterlagen dem Staatsarchiv anzubieten. Erst nach schriftlicher Freigabe durch das Staatsarchiv darf eine Löschung erfolgen. Der Löschvorgang wird automatisch durch VIS initiiert.

Informationspflicht: Parlamentarische Anfragen

9. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf:

- a. Auskunft nach Art. 15 DSGVO,
- b. Berichtigung nach Art. 16 DSGVO,
- c. Löschung nach Art. 17 DSGVO,
- d. Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- e. Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO sowie
- f. Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art.13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 14 Abs. 2 lit. d DSGVO, Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Der Text der DSGVO findet sich im Internet unter www.dsgvo-gesetz.de sowie der Text des BDSG unter www.gesetze-im-internet.de/bdsg_2018/.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Pflicht zur Bereitstellung der Daten ergibt sich aus den Regelungen des Gesellschaftsvertrages und sonstiger Regelwerke der Gesellschaften, die standardisiert auf Basis des bremischen Beteiligungshandbuchs erstellt wurden.

11. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO bei den öffentlichen Auftraggebern statt.